

Zwischenruf Wirtschaft (November)

Regierung plant weitere Haushaltskürzungen und die Wiedereinführung der Finanztransaktionssteuer

Die brasilianische Regierung hat am 14. September ein Maßnahmenpaket angekündigt, um das drohende Haushaltsdefizit im kommenden Jahr abzuwenden und einen Primärüberschuss von 0,7% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu erzielen. Das Paket umfasst Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen im Umfang von 66,2 Mrd. R\$. Wichtigster Bestandteil ist die zeitlich befristete Wiedereinführung der Finanztransaktionssteuer CPMF, die in den nächsten vier Jahren allein 32 Mrd. R\$ pro Jahr zusätzlich in die Staatskasse spülen soll. Der Großteil der Maßnahmen, insgesamt 62,2 Mrd. R\$, bedarf allerdings der Zustimmung des brasilianischen Nationalkongresses.

Finanzminister Joaquim Levy verteidigte das Paket und insbesondere die Wiedereinführung der CPMF von 0,2% auf Finanzgeschäfte: "Das sind zwei Tausendstel des Kinotickets zur Stärkung der sozialen Fürsorge, zur Bezahlung der Rentner". Die Steuererhöhungen beschränken sich jedoch nicht auf Finanztransaktionen. Durch weitere Abgabenerhöhungen sollen 7,7 Mrd. R\$ zusammenkommen. Außerdem will die Regierung einen höheren Anteil (30%) der Beiträge zu den Berufsausbildungsdiensten (Sesi, Sesc, Senac, Sebrae) für sich behalten und dadurch 6 Mrd. R\$ mehr einnehmen. Steuererhöhungen machen insgesamt 62% des geplanten Pakets aus.

Um das angestrebte Haushaltsplus von 26 Mrd. R\$ im kommenden Jahr zu erreichen, hat die Regierung aber auch bei den Ausgaben nochmal den Rotstift angesetzt. Im Gesundheitssektor und bei Infrastrukturinvestitionen (Wachstumsbeschleunigungsprogramm PAC) sollen 7,6 Mrd. R\$ eingespart werden, beim sozialen Wohnungsbau (Programm "Minha Casa, Minha Vida") weitere 4,8 Mrd. R\$. Die fehlenden Mittel sollen nun aus anderen Quellen kommen wie dem Arbeitnehmergarantiefonds FGTS im Fall des Wohnungsbaus. Bei den Staatsbediensteten sollen 10,5 Mrd. R\$ eingespart werden, durch Einfrieren der Bezüge, Einstellungsstopps und Streichung von Zulagen. Bei den laufenden Regierungsausgaben sollen 2 Mrd. R\$ gestrichen werden und bei Subventionen für die Landwirtschaft 1,1 Mrd. R\$.

Damit das Maßnahmenpaket in Kraft treten kann, muss die Regierung zwei Verfassungszusätze und drei Gesetze durch den Kongress bringen und das Haushaltsgesetz ändern. Angesichts der politischen Krise im Land und der Unbeliebtheit der Regierung - der Rückhalt von Staatspräsidentin Dilma Rousseff in der Bevölkerung ist auf historisch niedrige 8% gesunken - gilt die Zustimmung der beiden Kammern keineswegs als sicher. Zudem machen sich die Bundestaaten und Gemeinden für eine Finanztransaktionssteuer von 0,38% statt 0,2% stark. Sie wollen ihrerseits einen Teil der Mehreinnahmen abbekommen, falls die unbeliebte CPMF wieder eingeführt wird. Finanzminister Levy wiederum bezeichnete die befristete Wiedereinführung der Steuer als

unumgänglich, um in den nächsten 4 Jahren ein Haushaltsplus zu erzielen. Er versprach jedoch zugleich, die Steuer zu reduzieren, wenn sich die Staatsfinanzen schneller erholen.

Außer durch Steuererhöhungen will die Regierung auch durch Kürzungen von Vergünstigungen Mehreinnahmen generieren. Der Steuerabschlag des Programms Reintegra zur Rückerstattung von Exportsteuern soll nächstes Jahr auf 0,1% gesenkt werden. Die Besteuerung von Zinsgewinnen auf das Eigenkapital von Unternehmen soll steigen. Auch die Einkommensteuer auf Kapitalgewinne soll erhöht werden.

(Quelle: AHK São Paulo, Germany Trade & Invest)